



# HESSISCHER LANDTAG

15. 03. 2019

Plenum

## Antrag

### Fraktion der SPD

#### **Pakt für den Rechtsstaat ist die richtige Antwort auf die aktuellen Herausforderungen unserer Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag begrüßt, dass auf Initiative der SPD der Pakt für den Rechtsstaat im Koalitionsvertrag verankert wurde und dieser nun insbesondere auf Initiative von Bundesjustizministerin, Dr. Katarina Barley, auch konkret zwischen der Bundesregierung und den Regierungschefs der Länder beschlossen wurde. Der Pakt sieht vor, dass die Personalausstattung der Justiz erheblich verbessert wird. Die Länder sollen hierbei in ihrer Personalhoheit insgesamt 2000 Stellen für Richter, Staatsanwälte und die Folgedienste schaffen und darüber einen Bericht vorlegen. Der Bund wird daran anschließend die für die erste Tranche notwendigen gesetzlichen Änderungen auf den Weg bringen.
2. Der Hessische Landtag begrüßt zudem, dass der Pakt für den Rechtsstaat auch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Rechtspflege umfasst. Dazu gehören u.a. mehr Fortbildungen, insbesondere in familiengerichtlichen Verfahren, eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Polizei und Justiz (auch Digital) sowie die Stärkung des Opferschutzes.
3. Der Landtag stellt fest, dass die falsche Personalpolitik der CDU-geführten Landesregierungen in Hessen, die zu einem drastischen Stellenabbau im öffentlichen Dienst im Allgemeinen und in der Justiz im Besonderen geführt hat, auch Ursache für einen massiven Vertrauensverlust der Bevölkerung in einen sie beschützenden, gut funktionierenden demokratischen Rechtsstaat, insbesondere auch in Justiz und Polizei, ist. Daran können auch die bestenfalls als kosmetisch zu bezeichnenden, kleineren Korrekturen bei den Personalstellen nichts ändern.
4. Der Hessische Landtag fordert die Hessische Landesregierung auf, alle getroffenen Vereinbarungen des Paktes für den Rechtsstaat, insbesondere im Hinblick auf die Personalausstattung in der Justiz, unverzüglich umzusetzen.

#### **Begründung:**

Die Errungenschaften unseres demokratischen Rechtsstaats sind nicht selbstverständlich. Wir beobachten leider, dass Rechtsstaat und Demokratie unter Druck geraten. Rechtsstaatliche Verfahren dauern z.B. zu lange. Verfahrenseinstellungen, Verjährungseintritte und fehlende Verfahrenstransparenz bei Entscheidungen sind Folge einer verfehlten Personalabbaupolitik und haben den Vertrauensverlust begünstigt. Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen rechtsstaatliche Verfahren z.B. als bürokratisch oder gar lästig wahr und können oft die Verfahrensabläufe und Zusammenhänge nicht nachvollziehen. Der demokratische Rechtsstaat ist wesentlicher Grundpfeiler unserer staatlichen Ordnung und unseres Gemeinwesens. Er darf nicht angetastet werden, sondern muss verteidigt und gestärkt werden.

Wiesbaden, 15. März 2019

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Thorsten Schäfer-Gümbel**